



Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.
Ulrich-von-Hassel-Strasse 76 - 53123 Bonn

Brot für die Welt
Staffenbergstraße 76 - 70184 Stuttgart

Deutscher Bundestag
Unterausschuss Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit
Frau Kathrin Vogler
Obfrau Die Linke.
Platz der Republik
11011 Berlin

Stuttgart / Bonn
den 12.04.12

Sehr geehrte Frau Vogler,

am 23. März 2012 verlängerten die Außenminister der EU Mitgliedstaaten das Mandat von EU NAVFOR „ATALANTA“ zur Bekämpfung der Piraterie vor Somalia bis Dezember 2014. Zugleich erweiterten sie das Mandat der Mission und ihren Operationsraum. Nach dem Willen der Außenminister sollen die Piraten künftig auch auf einem 2 Kilometer breiten Küstenstreifen an Land sowie in internen Gewässern bekämpft werden.

Somaliaexperten und die wenigen noch in Somalia arbeitenden Hilfsorganisationen befürchten, dass die Ausweitung des Mandats als eine weitere Eskalation der Gewaltspirale empfunden werden wird. Diese Entscheidung steht im Gegensatz zum Aufruf der Allafrikanischen Kirchenkonferenz (Anlage), die darum bittet, jegliche Ausweitung von militärischen Maßnahmen zu vermeiden, sie im Gegenteil auf das absolut geringste Maß zu reduzieren. Bisherige militärische Interventionen haben allerdings weniger zu einer Lösung, als vielmehr zur Verschlimmerung der Lage beigetragen: Eine humanitäre Katastrophe hat sich kontinuierlich weiter aufgebaut, staatliche Strukturen sind völlig kollabiert und diskreditiert, eine florierende Gewaltökonomie konnte sich etablieren. Etliche somalische Milizen haben sich inzwischen internationalen islamistischen Netzwerken angeschlossen. Wir begrüßen es daher, dass Mitglieder der Deutschen Bundestages sich in ersten Reaktionen auf den Beschluss zurückhaltend und skeptisch äußerten.

Die Ausweitung des Mandates für EU NAVFOR „ATALANTA“ für Kampfeinsätze an Land birgt mehrere vorhersehbare Risiken:

- Es erhöht die Gefahr für die Zivilbevölkerung im Küstenraum, sowie für die knapp 600 zur Zeit in Somalia befindlichen Besatzungen gekaperter Schiffe.
- Es erhöht die Gefahr, dass die asymmetrische Kriegführung der somalischen Milizen sich auf die Nachbarländer ausweitet und so ein Regionalkonflikt entsteht, der weitere Gewaltakteure hervorbringen kann.
- Es verstärkt weiterhin die Motivation somalischer Milizen, sich internationalen islamistischen Netzwerken anzuschließen und bereitet damit den Boden für das Entstehen terroristischer Bedrohungen in den Ländern, die sich an EU NAVFOR ATALANTA beteiligen.

Die kirchlichen Hilfswerke „Brot für die Welt“ und Diakonie-Katastrophenhilfe (DKH) arbeiten seit vielen Jahren in Somalia. Sie unterstützen dort langjährige lokale Partnerorganisationen bei der Durchführung entwicklungsorientierter Maßnahmen und der humanitärer Hilfe. Diese verhalten sich strikt neutral und stellen sicher, dass sie und ihre Arbeit nicht von Konfliktparteien instrumentalisiert werden können. Sie haben in der Bevölkerung das Vertrauen erworben, das es ihnen ermöglicht, auch in umkämpften Gebieten Hilfe leisten zu können. Sie haben dadurch gezeigt, dass es bei sorgfältiger Beachtung der Unparteilichkeit der Organisation und ihres Handelns möglich ist, auch dort Hilfe zu leisten und Aufbauarbeit einzuleiten, wo staatliche Strukturen nicht existieren. Solche Möglichkeiten müssen verstärkt genutzt werden, statt erneut verschärfte militärische Maßnahmen einzuleiten.

Wir sehen die Akzeptanz der dringenden humanitären Hilfeleistungen bedroht wenn die internationale Gemeinschaft an der Seite Übergangsregierung, die von der somalischen Bevölkerung auch acht Jahre nach ihrer Einsetzung nicht akzeptiert, sondern als Konfliktpartei betrachtet wird, wieder verstärkt militärisch intervenieren will. Es ist im Gegenteil unerlässlich, dass alle – insbesondere militärischen – Interventionen seitens der Völkergemeinschaft unterlassen werden, die die Glaubwürdigkeit der humanitären Motivation der internationalen Hilfe beschädigen und diese damit gefährden könnten.

Wir sind der Auffassung, dass die internationale Gemeinschaft stattdessen – in Analogie zu Afghanistan – die realen politischen Gegebenheiten in Somalia anerkennen und sich bemühen sollte, einen inklusiven politischen Verhandlungsprozess in die Wege zu leiten. Das bedeutet, auch mit radikalen Gruppen und al Shabaab Vertretern das Gespräch zu suchen. Ein inklusiver Verhandlungsprozess muss vor allem aber auch jenen Gruppen und Interessen Raum und Gelegenheit zur Teilnahme geben, die sich bislang noch nicht militärisch organisiert haben.

Für die Verlängerung der Mission bis Dezember 2014 haben wir gemeinsam mit unseren ökumenischen Partnern in Afrika durchaus Verständnis, raten mit ihnen aber dringend von einer Erweiterung des Mandats auf Einsätze an Land ab. Die Zustimmung des Bundestags zum erweiterten Mandat von EU NAVFOR „ATALANTA“ könnte eine weitere militärische Eskalation zu Lasten der Menschen in Somalia und der dringend notwendigen humanitären Maßnahmen zur Folge haben.



Dr. Claudia Warning
Vorstand Internationale Programme
Evangelischer Entwicklungsdienst e.V. - EED



Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel
Direktorin
Brot für die Welt / Diakonie-Katastrophenhilfe

Anlagen

Kirchliche Hilfswerke fordern politische Lösung

Aus Anlass der Eskalation der Kriegshandlungen in Somalia durch den Einmarsch kenianischer und äthiopischer Truppen in Somalia fordern kirchliche Hilfswerke die Rückkehr zu politischen Lösungsstrategien. „Es ist erschreckend, dass in den internationalen Gremien inzwischen nur noch über militärische Strategien beraten wird“, konstatiert Claudia Warning, die Vorsitzende des Beratungsausschusses Horn von Afrika, der am 23.11. über die Lage in der Region beraten hatte. In dem Ausschuss arbeiten die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die Ev. Lutherische Landeskirche Hannovers, Brot für die Welt, der Evangelische Entwicklungsdienst (EED), das Evangelisch Lutherische Missionswerk in Niedersachsen (ELM), das Berliner Missionswerk und die Kindernothilfe zusammen.

Die erneute militärische Eskalation behindert die humanitäre Hilfe, auf die über 1,4 Mio intern Vertriebene zum Überleben angewiesen sind. Sie gefährdet zudem die Sicherheit der Mitarbeiter der Organisationen, die Nothilfe leisten wollen. In der Region am Horn von Afrika und speziell in Somalia leiden die Menschen unter der schlimmsten Dürrekatastrophe seit Jahrzenten. In der gesamten Region sind über 11 Mio Menschen unmittelbar gefährdet. „Speziell in Somalia ist das Ausmaß der Katastrophe eindeutig die Folge von über 20 Jahren fehlgeleiteter Politik der internationalen Gemeinschaft. Die Dürre war hier nur ein verstärkender Faktor, der zu der humanitären Katastrophe geführt hat“, erklärt Helmut Hess, Vorsitzender des internationalen Aufsichtsrates der somalischen Hilfsorganisation Daryeel-Bulsho-Guud (DBG).

Es sei eine nicht zu verleugnende Tatsache, dass die von der internationalen Gemeinschaft gestützte Übergangsregierung unter Sheikh Sharif Sheikh Ahmed in der somalischen Bevölkerung nicht anerkannt und akzeptiert werde, so Wolfgang Heinrich vom EED. Das sei ein Grund dafür, dass die radikal islamische al-Shabab nach wie vor Unterstützung in der Bevölkerung finde, auch wenn viele Somalis die fundamentalistische Interpretation des Islam ablehnen. „Die internationale Gemeinschaft verfolgt eine völlig einseitige Politik mit ihrer bedingungslosen Unterstützung der Übergangsregierung. Sie sieht großzügig über die Unfähigkeit und selbst massive Korruption der Übergangsregierung hinweg und ist damit zur Kriegspartei geworden, statt Friedensstifter zu sein“, beobachtet Ruth Gütter vom Kirchenamt der EKD. „Unter dieser Politik der internationalen Gemeinschaft leiden wieder die Menschen in Somalia. Sie werden in eine immer aussichtslosere Lage getrieben.“ Mitte des Jahres hatte es ernst zu nehmende Signale gegeben, dass Teile der al-Shabab bereit waren, darüber zu verhandeln, Hilfsorganisationen freien und ungehinderten Zugang zu Opfern der Dürrekatastrophe zu geben. Die internationale Gemeinschaft habe diese Signale missachtet und sich nicht ernsthaft bemüht, Verhandlungen aufzunehmen. „Damit hat die internationale Gemeinschaft eine Gelegenheit verschenkt, die Möglichkeiten einer politischen Lösung auszuloten“.

Über die vergangenen zwanzig Jahre hat jede militärische Intervention das Gegenteil von dem bewirkt, was hätte erreicht werden sollen. „Bundesminister Niebel hat völlig Recht, wenn er darauf hinweist, dass nur ein politischer Prozess zu einer Lösung führen kann“, erklärt Claudia Warning. „Eine militärische Intervention ist unter den gegenwärtigen Bedingungen und Angesichts der Geschichte Somalias in den letzten 20 Jahren das Falscheste, was man tun kann.“

Die Hilfswerke fordern die Bundesregierung auf, sich für einen politischen Lösungsprozess und eine Beendigung der militärischen Interventionen einzusetzen. Dazu gehöre, dass mit allen Konfliktparteien gesprochen werden muss. „Dazu gehören auch die al-shabab. Wir müssen sie nicht lieben, aber wir müssen sie ernst nehmen“, so Klaus Pfahler von der Kindernothilfe.

Somalia – A Call for Constructive Engagement

Millions of Somalis continue to suffer and helping them becomes increasingly difficult by the day due to escalation of violence and polarisation of both Somali and international actors. Global and regional security concerns are the main drivers for the current international engagement in Somalia. There has been a means-ends inversion in policy making: security has become an end in itself and there is scarcity of long-term political vision that encourages the design of an inclusive peace process in Somalia. The heavy military footprint undercuts opportunities for people in Somalia to disengage from violent strategies.

The black-listing of one of the main actors in South-Central Somalia discourages governmental and non-governmental actors from engaging with all sides and in all territories. Current policies fail to acknowledge that the Somali society has changed over the last decades, new leaders and political frameworks have emerged, and thinking of solutions just in terms of power sharing deals between clans may not provide sustainable outcomes.

Designing and implementing inclusive humanitarian, development and political processes that reach people in all territories and across political divides has become more challenging and dangerous. The search for peace in Somalia must build on a vision of inclusive regional development which acknowledges the future of the Somali people as an integral part of the Horn of Africa region and acknowledges the contributions a healed Somali society and their state can make to the development of the entire region.

We, a group of ecumenical actors with a long history of engagement for humanitarian assistance, development and peace in Somalia, have come together under the auspices of the All Africa Conference of Churches in Nairobi to share our experiences, observations and to search for ways out of the predicament posed by the current situation in Somalia.

Our commitment is

- To acknowledge the current dynamic political scenario in Somalia as is, and to develop a capacity to reach out to all people and the different realities on the ground, including black-listed Islamists.
- To recognize that humanitarian response will be required, thus we will up-scale resources for the immediate humanitarian response. However, without purposeful long-term development planning sustainable solutions will not be generated. We commit to increase our engagement on developmental issues,

including maximizing the opportunities for disarmament, demobilisation and reintegration.

- To completely de-politicise our humanitarian and development interventions. Politicised humanitarian assistance has restricted access to victims and has been abused for political ends. Humanitarian assistance must be delivered based on the needs of the people, in accordance with established principles.
- To develop partnerships and relations with Somali people (thinkers) and institutions that are normally not included in policy discussion platforms. We will urge the international community to broaden its circles of consultation and processes of articulation of policies.
- To advocate for a peace process which is truly owned by Somalis, supported by the international community, and is inclusive of all stakeholders. As a first step, regional and international actors must acknowledge and engage constructively with all parties to the conflict, striving to maintain neutrality. The process should be framed as a mediation process, not opposing or supporting any of the parties.
- To advocate for the responsibility to protect civilians. All actors are expected to comply with this principle both in Somalia and in the refugee camps.

Therefore,

We urge all sides to look for non-violent strategies to end the Somali conflict. We call on all parties to end all military operations because they threaten the potential for nonviolent transformation of the conflict in Somalia, integrity and the effect of the humanitarian response to the current humanitarian crisis.

We call for an all-inclusive process of searching for ways to break the vicious cycle of violence and building peace. In this process, all actors of the Somali society must participate and have their voices listened to. Nobody should be left out.

Nairobi, 17th January 2012

Ecumenical Platform, Nairobi